

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 12 (1971)
Heft: 6

Artikel: Lateinamerikanische Uebersicht. Was europäische Moralisten so vergessen
Autor: Max, Alphonse
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095399>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Lateinamerikanische Uebersicht

Was europäische Moralisten so vergessen

Von Alphonse Max

In Bolivien hat der «nationalprogressive» Generalspräsident Torres die Demission seiner Regierung angenommen, diesmal sogar, ohne dass ein Putsch stattgefunden hätte. Unterstützung hatte sie eigentlich bei niemandem: Sie tat zu links und sie stand zu rechts. Das sind lateinamerikanische Phänomene. Aber nur unter anderem.

Die Entführungswelle in Lateinamerika ist wieder einmal ein Hauptthema in der Weltpresse. In *Venezuela* befinden sich ein Bankier und ein 13jähriger Junge seit Wochen in den Händen der Guerillas, die 440 000 bzw. 880 000 Dollar für deren Freilassung verlangen. In *El Salvador* wurde die Leiche des am 10. Februar entführten Industriellen Ernesto Regalado aufgefunden. In *Guatemala* wurde ein Entführer nach Entrichtung des Lösegeldes von 150 000 Dollar freigelassen. Die *uruguayischen* Tupamaros haben nach Erhalt von 250 000 Dollar den brasilianischen Konsul, der 206 Tage lang ohne Tageslicht im «Volksgefängnis» der Tupamaros verbringen musste, auf freien Fuss gesetzt. Seine Gattin, die ihre sechs Kinder bei Verwandten abgesetzt und pausenlos Versuche unternommen hatte, Verbindungen zu den Kriminellen herzustellen, konnte in Brasilien mühsam das Lösegeld, das anfangs sogar auf eine Million Dollar festgesetzt worden war, mittels Aufrufen durch Radio und Fernsehen und persönliches Auftreten in ganz Brasilien sammeln. Anders war es im Fall des US-Landwirtschaftsexperten Claude L. Fly, für dessen Freilassung die Tupamaros schon seit einiger Zeit einen Vorwand suchten. Zur selben Zeit, als der brasilianische Diplomat freigelassen wurde, erlitt Fly in Tupamaro-Gefangenschaft einen Herzinfarkt, den die Stadtguerillas in ihrer «Volksklinik Nr. 3» diagnostizierten, mit täglichen EKGs beobachteten und behandelten. Da Fly keine Besserung aufwies, brachten die Menschenräuber den 65jährigen, an Krebs operierten schwerkranken Mann bis an die Tür eines Krankenhauses und verschwanden.

Was ist denn der heldenhafte Terror gegen oligarchische Polizeiregimes beispielsweise im demokratischen Uruguay?

Es ist interessant zu beobachten, wie die seit Jahrzehnten in Europa geübte ironisierende und in die Nähe der Witzecke verbannte Berichtserstattung über die lateinamerikanischen «Bananenrepubliken» in letzter Zeit einem morbiden Interesse Platz gemacht hat, das die Titelseiten erobern konnte und dem harten und beständigen Kampf zahlreicher lateinamerikanischer Regierungen gegen Unterentwicklung, Armut und Ignoranz viel weniger Aufmerksamkeit widmet als den Terroraktionen berufsmässiger Aufrührer.

Wie Beobachter in Buenos Aires zu recht bemerken, ist Lateinamerika für Europa erst salonfähig geworden, seitdem Bomben geworfen, Banken im Dienste «ideologischer Ziele» ausgeraubt und Botschafter entführt und ermordet werden. Mit einer selbstherrlichen Naivität werden komplizierte Vorgänge des lateinamerikanischen Geschehens in eine Vereinfachung gezwängt, die aus dem Vorhandensein terroristischer Desperados in einem Lande Lateinamerikas automatisch

auf einen «brutalen Polizeistaat» schliessen lässt, wo «eine kleine Clique von Oligarchen und Militärs tagtäglich die Menschenrechte mit Füssen tritt».

Das geht so weit, dass selbst *Uruguay*, lange eines der demokratischsten und tolerantesten Länder Amerikas, durch die europäische Brille betrachtet, sich in ein oligarchisches Polizeiregime verwandelt hat, gegen das die Tupamaros zu kämpfen verpflichtet seien. Genau das Gegenteil ist der Fall: Der Terrorismus zwingt die Regierung Uruguays (wie in letzter Zeit auch die Regierungen *Venezuelas* und *Kolumbiens*), ihren Polizeiapparat zu erweitern, um die Mehrheit der Bevölkerung vor der Willkür einer plündernden und mordenden Minderheit zu beschützen.

Das Gemeinsame an der Sache

In Europa selbst geht man gegen die eigenen ultralinken Terroristen, wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland, mit grösster Schärfe vor. Der bundesdeutsche Innenminister sagte den deutschen Tupamaro-Nachahmern den Kampf ohne Gnade an. «Deutschland ist nicht Südamerika», sagte er. In der Tat. Aber ein Mörder ist ein Mörder, in Deutschland genauso wie in Südamerika.

Ob die Terroraktionen im Namen von Black Power in den USA, des FLQ in Kanada, der Palästinensischen Befreiungsfront im Nahen Osten, der «roten Zellen» in Westberlin und im übrigen Teil der Bundesrepublik, der verschiedenen «Befreiungsbewegungen» in Asien und Afrika, der Tupamaros und ähnlicher Guerilla-Organisationen in Lateinamerika in Form von bewaffneten Ueberfällen, Raub, Mord oder Geiselnführungen getätigt werden, sie haben alle etwas gemeinsam: Es sind die Gedanken aller Apostel des Kommunismus, von Lenin bis Mao, von Ho Tsch Minh bis Che Guevara und Fidel Castro, die hier bewusst geplant und in ideologischer Uebereinstimmung, oder auch unbewusst, auf der Suche nach einem «neuen Weg» zur Geltung gebracht werden.

Kolumbiens freundliche Universitäten

Die lateinamerikanischen Stadtguerillas schöpfen ihr Menschenpotential zum grossen Teil aus den Studentenmassen, und die lateinamerikanischen Universitäten sind fast alle Hochburgen des Kommunismus und seit einiger Zeit auch Brutstätten von Revolutionären (zum Teil auch von schlichten Gangstern) und Schlupfwinkel für polizeilich gesuchte Terroristen.

In der Universität von Cali, der drittgrössten Stadt *Kolumbiens*, ereigneten sich blutige Zusammenstösse zwischen Studenten und Sicherheitsbeamten, die 15 Personen das Leben kosteten und bei Dutzenden von Studenten, Polizisten, Soldaten und Pressevertretern Verletzungen

durch Schüsse, Steine oder Metallgeschosse hervorriefen. Die Zwischenfälle begannen, als Truppen des Heeres das Gebäude der Universität Valle del Cauca, das von Rebellenstudenten besetzt gehalten wurde, mit Gewalt zu räumen angingen; die Soldaten wurden mit einem Hagel von Steinen, Molotowcocktails und Kugeln empfangen. Ein Student und ein Mechaniker, der sich in die Universität infiltrierte, um Agitation zu betreiben, wurden durch Schüsse getötet. Die Nachricht vom dem Tode des Studenten verbreitete sich wie ein Lauffeuer, worauf die Unruhen an Intensität zunahmen. Vier Militärfahrzeuge wurden in Brand gesteckt und zahlreiche Omnibusse und Privatautos mit Steinen beworfen. Die Unruhen nahmen derartige Ausmasse an, dass die Regierung sich genötigt sah, das Aushgeverbot in Cali zu verhängen.

In der Universität von Bogota, mit 13 000 Studenten die grösste Kolumbiens, begannen Vorbereitungen zu einem Streik aus Protest gegen den Tod des Studenten in Cali. In Tulua, einer Stadt in der Nähe von Cali, führten Oberschüler trotz Regierungsverbot eine lautstarke Demonstration durch, die in eine Strassenschlacht mit der Polizei ausartete. In Popayan, im Westen des Landes, begann an der Universität Del Cauca ein Streik aus Protest gegen die Verhaftung von vier Studenten. In Cali gaben die Studenten bekannt, dass sie ihren zweiwöchigen Streik fortsetzen würden, obwohl das Hauptziel, der Rücktritt des Rektors Ocampo Londono, erreicht war.

Die ernste Lage in Kolumbien wird durch die Tatsache verschärft, dass Tausende von Lehrern sich weigerten, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Es bildet sich so im Land eine Erziehungskrise ähnlich wie sie in anderen lateinamerikanischen Ländern (Mexiko, Uruguay, Venezuela), von Kommunisten heraufbeschworen, schon früher stattgefunden hat und deren Auswirkungen sich auf Jahre hinaus fühlbar machen werden.

Aber der kolumbianische Präsident Pastrana Borrero sieht sich noch anderen schwer lösbaren Problemen konfrontiert. Die Zahl der von Landarbeitern besetzten Latifundien steigt ständig, und es wird vermutet, dass die Vorfälle von Kommunisten in Gang gesetzt werden, da die Organisationen der Landarbeiter von zahlreichen aus Moskau inspirierten Aktivisten infiltriert sind. Obgleich die Lage bis jetzt noch nicht in Gewalttätigkeiten ausgeartet ist, befürchtet man sie, besonders wegen der Aehnlichkeit dieser Fälle mit den illegalen Landbesetzungen in Chile.

Ecuador kaperte kürzlich 80 Meilen von seiner Küste entfernt den 20. nordamerikanischen Thunfischkutter. Die Aufbringung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als der US-Flugzeugträger «Enterprise» vor der pazifischen Küste Südamerikas eine Mission durchführte, die jedoch nach Angaben des State Departments in Washington nichts mit dem sogenannten «Thunfischkrieg» zu tun hat. Trotz dieser Versicherung ist es kein Wunder, dass die Ecuadorianer die Anwesenheit des Kriegsschiffes in Zusammenhang mit den nachdrücklichen Forderungen der kalifornischen Kongressmitglieder bringen, die Nixon bat, den nordamerikanischen Kuttern beim Fischen innerhalb der südamerikanischen 200-Meilen-Grenze Schutz durch Einheiten der Kriegsmarine zu gewähren.

Inzwischen schreitet die Verstaatlichung in *Chile* (das versucht, sein Kupfer in China abzusetzen) in beschleunigtem Masse voran.

Nachdem anfangs Februar 50 Grossgrundbesitze verstaatlicht worden waren, hat die zuständige Staatsbehörde «CORA» weitere 50 enteignet, 35 davon in der südlichen Provinz Cautin; unter diesen befindet sich der 6000 Hektare grosse Besitz des Schwagers des Ex-Präsidenten und bei den letzten Wahlen besieigten Kandidaten Jorge Alessandris.

Trotz dem Tempo der Enteignungen gehen die illegalen Landbesetzungen verstärkt weiter; von ihnen werden vor allem kleine und mittlere Besitzer betroffen, die sich weniger wirksam dem Terror widersetzen können als die Grossgrundbesitzer. Die zunehmenden Entführungen, Miss-handlungen und Bedrohung der Landwirte haben in weitem Landstrichen ein Klima des Terrors geschaffen. Innenminister José Toha beschrieb die beteiligten Aktivisten als «Gegenrevolutionäre» und drohte mit schweren Bestrafungen. Präsident Allende empfing in seiner Sommerresidenz in Vina del Mar die Vertreter der drei grössten Landwirteverbände, die unter anderem auf die fehlende technische Ausbildung der vom Staat eingesetzten Interventoren in den verstaatlichten oder beschlagnahmten Landwirtschaftsbetrieben hinwiesen.

Vier Privatbanken sind in Chile bereits unter staatliche Kontrolle gekommen, nachdem der Staat 51 Prozent der Aktien des Banco Nacional del Trabajo «kaufte» (aber noch nicht bezahlte); die anderen drei sind die Israelitische Bank, die Continental Bank und die O'Higgins Bank. Die Regierung hofft, dass das Parlament einen Gesetzesentwurf annehmen wird, wonach alle Banken verstaatlicht werden, die nicht durch freiwilligen Verkauf der Aktienmehrheit unter Staatskontrolle kommen können.

Die chilenischen Beziehungen zu Argentinien stehen seit über einem Jahrhundert unter der Belastung einer mehr als 4000 Kilometer langen gemeinsamen Grenze. Seit im vergangenen Jahrhundert die araukanischen Indianer Chiles bis zu den Toren von Buenos Aires vordrangen, flackern von Zeit zu Zeit Grenzkonflikte auf. Im letzten Jahrhundert haben sich jedoch die Regierungen beider Länder darum bemüht, die noch vorhandenen Grenzstreitigkeiten gütlich zu regeln.

Die Militärregierung Argentinien führte im Vorjahr ein besonderes Förderungssystem zur Ansiedlung Patagoniens ein. Jenseits der Anden will nun Allende den chilenischen Süden besiedeln. Die chilenische Regierung hat ein Projekt zur Entwicklung und Kolonisierung von vorerst 150 Kilometer entlang der chilenisch-argentinischen Grenze entwickelt und das entsprechende Dekret erlassen. In diesem Dekret heisst es unter anderem: «Die Grenzzone bilden charakteristische Gebiete durch den engen Zusammenhang der Entwicklungsfaktoren mit der Wahrung der territorialen Integrität. In diesen Zonen bildet die Entwicklung ein Instrument der nationalen Sicherheit, unabhängig von ihren spezifischen Zielen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet...» Echte Kolonisten dürften sich allerdings die Sache zweimal überlegen, ehe sie Arbeit und Kapital in den Boden stecken, um vielleicht nachher willkürlich vertrieben zu werden.

Andererseits wurden in Argentinien Gerüchte laut, dass die argentinische ultralinke Studentenvereinigung FUA um junge Männer und Frauen wirbt, um sie nach Chile zu senden, wo sie in der Guerillakampftechnik ausgebildet und dann nach Argentinien eingeschleust werden sollen.

Die Lager, in denen diese jungen Leute untergebracht werden (im Januar kam eine Gruppe von 130 argentinischen Studenten in Chile an), sollen sich in Coquimbo, Talca, Nuble, Cautin, Valdivia, Osorno, Llamquihue und Santiago befinden.

Während die USA verhältnismässig energisch gegen das kleine Ecuador vorgehen, sind sie geneigt, die Ausschreitungen Perus, Boliviens und vor allem Chiles grösstenteils zu übersehen, um nicht Objekt der unsinnigen, aber weit verbreiteten Anklage zu werden, dass die USA diese Länder, genau wie vor 12 Jahren Kuba, in die «Arme der Russen getrieben» hätten. Präsident Nixon gab einen neuen 4-Punkte-Plan für Lateinamerika bekannt, der vorsieht:

1. Eine Aufteilung der Verantwortung im Rahmen der interamerikanischen Gemeinschaft;
2. eine wirksame Unterstützung der Entwicklungsbestrebungen der lateinamerikanischen Staaten;
3. die Respektierung der nationalen Würde und die Anpassung an anderslaufende Auffassungen, und
4. Unterstützung bei humanitären Problemen.

Um zu beweisen, dass Chile dieser Unterstützung, Respektierung, Anpassung usw. durchaus würdig sei, eilte der neue chilenische Botschafter in Washington zum US-Präsidenten, um ihm persönlich zu versichern, dass sein Land «einen neuen Weg gewählt habe, der zu einem eigenen Sozialismus führe». «Der Weg, den Ihr Land eingeschlagen hat», entgegnete Nixon, «ist nicht derjenige, den das nordamerikanische Volk bevorzugt, aber wir anerkennen das Recht jedes Staates, seine Innenpolitik nach eigenem Ermessen zu betreiben.» ■

THE RUSSIAN REVIEW

THIRTIETH YEAR

America's Leading Quarterly on Russia
Past and Present

THE RUSSIAN REVIEW, for twenty-nine years a free forum for scholars and writers, provides a broad survey of the Russian scene, political, historical, economic, and cultural. Drawing on scholars, writers, and political leaders of prerevolutionary Russia, and on well-known American and European specialists, this publication is the only authoritative organ devoted entirely to Russia, past and present. THE RUSSIAN REVIEW contains a varied selection of articles of current interest and permanent reference value. In addition, it publishes book reviews by outstanding authorities in the field of Russian affairs.

Subscriptions:

One Year: \$9.00, U.S.; \$9.50, Canada; \$10.00, foreign - Two Years: \$16.00, U.S.; \$17.00, Canada; \$18.00, foreign
Single issues: \$2.50 each.

THE RUSSIAN REVIEW

THE HOOVER INSTITUTION
Stanford, California 94305